

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Beiheld vierteljährlich 1150 M., monatl. 285 M., in den Ausgabestellen viertelj. 1050 M., monatl. 250 M. Bei Postbezug viertelj. 1155 M., monatl. 285 M. In Deutschland unter Streifband monatl. 40 M. deutsch. — Einzelnnummer 25 M. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 34 mm breite Kolonialsäule 50 M., für die 90 mm breite Kolumnensäule 200 M. Ausland, Oberschlesien und Freistaat Danzig 5 bzw. 10 deutsche M. — Bei Platzwurfschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten- und Auskunftsgebühr 50 M. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postleitzahlen: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 162.

Bromberg, Sonnabend den 12. August 1922.

46. Jahrg.

## Sie kämpfen gegen Regierung und Recht.

Die polnische Rechtsopposition kann sich nicht darüber beklagen, daß Herr Narutowicz die Vorstellungen des Völkerbundrates beachtet und die Einstellung aller Zwangsmassnahmen gegen die deutschen Ansiedler bis zur Klärung ihrer Rechtslage verfügt hat. So beschäftigt sich ein Herr Włodzimierz Dworzaczek in Nr. 216 der „Gazeta Warszawska“ (vom 10. d. Mts.) ausführlich mit diesem Problem, wobei er uns über die Quelle seiner seltsamen juristischen Kritik an der Gerechtigkeit unserer Regierung nicht im Dunkeln läßt. Der Auffaß lautet in deutscher Übersetzung wie folgt:

„Die telegraphische Mitteilung, daß der Minister Narutowicz sich damit einverstanden erklärt hat, die Durchführung sämtlicher rechtlicher Massnahmen, die gegenüber den deutschen Ansiedlern getroffen wurden oder noch getroffen werden sollen, bis zur nächsten Sitzung des Völkerbundsrats aufzuhalten, hat unter den Polen im ehemals preußischen Teilgebiet eine große Erregung hervorgerufen. Gestattet doch der Stillstand im Ermittlungs-Verfahren zunächst, daß die Ansiedler rechtswidrig (?) aus der Ernte Nutzen ziehen. Sodann aber verstetzt dieses Einverständnis alle Polen, Invaliden, früheren Militärpersonen und diejenigen, die im Kriege alles verloren haben und denen die deutschen Ansiedlungen zugeteilt wurden, in eine fatale Situation.“

Als Ergebnis dieses Aufschubs, und sei er mir von einer Dauer von wenigen Wochen, werden wir buchen können: die bequeme Einbringung der Ernte und sämtlicher anderer Erträge durch die Deutschen und gleichzeitig den Ruin einer großen Anzahl von Polen, die durch die aufständigen Behörden in Sicherheit gewiegt und auf Grund von Gerichtsurteilen jetzt schon die ihnen zugesprochenen Ansiedlungen übernehmen sollten. Sie haben in dieser Hoffnung ihren früheren Besitz liquidiert.

Wie es sich herausstellt, hat der Vertreter Polens in der Völkerbundsliga in einer der letzten Sitzungen zugestellt, daß die polnische Regierung zweifellos mit einer derart kleinen Nachgiebigkeit, wie es der vorläufige Aufschub des Rechtsverfahrens bedeutet, sich einverstanden erklären werde und Herr Narutowicz hat nun auch seine Zustimmung hierzu ergeben. Zur genauen Auflösung über diese ganze Sache wandle ich mich an einen Mann, der mit der Landschaftsfrage in den westlichen Gebieten in jeder Beziehung vertraut ist und seit einigen Jahren schon ganz besonders alles dies prüft, was den deutschen und polnischen Besitzstand im ehemals preußischen Teilgebiet betrifft, einen Mann, der sich dessen rühmen kann, daß vielleicht er ganz allein in einer Reihe von Artikeln und Spezialaufsätzen aus rechtlichen Gesichtspunkten die Lage der deutschen nationalen Minderheit beleuchtet hat, wofür ihm der Vertreter dieser Minderheit mit einem herzlichen Haß danken, dem sie unzweckmäßig in ihrer Tagespresse Ausdruck geben. Dieser Mann ist Herr Kazimierz Kierski aus Posen, ein hervorragender Staatsrechtler. Er hat mir erschöpfende Informationen über die letzte Forderung der Völkerbundliga ertheilt, und ich will hier nur deren nackten Inhalt eingehen.

In erster Linie hob Herr Kierski hervor, daß es sich keineswegs um sämtliche in der bekannten Beschwerde des Bromberger Deutschumsbundes an den Völkerbundrat enthaltenen Forderungen handelt, sondern nur um eine der dort berührten Fragen, und zwar um die 2518 deutschen Ansiedlungen in Großpolen und Pommern, welche um jene Kolonien, die am 11. November 1918, d. h. am Tage des Waffenstillstandes, Eigentum der preußischen Regierung waren. Da Deutschland als der schuldige Teil am Ausbruch des Krieges sich verpflichtet hat, sämtliche infolge des Krieges entstandenen Schäden zu ersehen, so sollte das ganze deutsche Staatsvermögen der eventuellen Sicherung dieses Schadenersatzes dienen. Deutschland war es mithin vom Tage dieses Schiedspruches (11. November 1918) nicht gestattet, vom fiskalischen Eigentum etwas zu veräußern. Alles, was an diesem Tage Eigentum des deutschen Fiskus war, sollte auf die verbündeten Mächte übergehen, somit auch auf Polen. Was aber dem Staatsfiskus gehörte, ging aus den Eintragungen in den Hypothekenbüchern hervor. War der preußische Fiskus eingetragen, so war er Inhaber der Hypothek, wenn er auch vorher die Besitzung einem anderen verkauft hat. Ist die Eintragung nicht erfolgt, so war ein Verkauf für die polnische Regierung nicht bindend.

Am Tage des Waffenstillstandes haben 2518 deutsche Ansiedler, die in Großpolen und Pommern festhaft waren, aus verschiedenen Gründen eine formelle Auflösung ihrer Forderungen nicht erhalten; sie verfügten über das Land auf Grund von Vereinbarungen mit der preußischen Regierung. Auf diese Weise war der rechtliche und tatsächliche Inhaber dieser Forderungen der preußische Fiskus, der übrigen Ansiedlungen am 11. November als solcher figurierte.

Zwischenzeitlich entwickelten sich die Verhältnisse immer weiter. Der in Großpolen entstandene Aufstand fegte mit einem Male die preußischen Behörden hinweg, die in der Ansiedlerfrage nichts mehr erreichen konnten. In Pommern dagegen, wo die deutschen Beamten und Institutionen bis zum Jahre 1920 wirkten, begann der preußische Fiskus auf Grund seines allgemeinen Bankrotts, den Eigentumsanteil dieser Kolonien auf Privatpersonen zu verschieben, und die noch nicht parzellierten Ansiedlungen besetzte er ebenfalls mit massenhaft aus Deutschland herausgewandten Landleuten, wobei er sämtliche Übereinkünfte geachtet hat, formell hypothekarisch einzutragen ließ. Man begnügte sich eine ganz kleine Ungeachtlichkeit. Der preußische Fiskus war es nach dem 11. November nicht erlaubt, ihre Besitzungen zu verkaufen; ebenso wie der Privatbesitzer seine Möbel, Waren usw. nicht veräußern darf.

Und so stellte sich denn auch die polnische Regierung auf einen einzigen rechtlichen Standpunkt. In Großpolen stützte sie sich auf die hypothekarischen Ausweise des Besitzers; in Pommern hat sie jedoch die Verkäufe nicht anerkannt.

Die in einer Zeit abgeschlossen wurden, als auf Grund des internationalen Aktes solche Transaktionen verboten waren (?). Auf diese Weise entstanden zwei Kategorien von Ansiedlern (immer nur innerhalb der oben erwähnten Gruppe, die 2518 Ansiedler umfaßt), und zwar: 1. diejenigen, die nicht rechtzeitig die Hypothekenformalitäten zu erfüllen vermochten, und 2. diejenigen, die diese Formalität zu spät erfüllt haben. Da sowohl die einen als auch die anderen zur Geltendmachung ihrer Ansprüche lediglich verbindliche Vereinbarungen mit der preußischen Regierung hatten, die die polnische Regierung nichts (?) angehen, so wurden diese 2518 Besitzungen als Privateigentum nicht anerkannt und auf Grund des Sejmbechluß vom 14. Juli 1920, der nur denjenigen als Besitzer anerkennt, der am 11. November 1918 den Hypothekenbrief vorzeigte, sind sie Eigentum der polnischen Regierung. Dies ist der formale und rechtliche Standpunkt, aus dem hervorgeht, daß die polnische Regierung ihre Aktion nicht gegen die deutsche Minderheit gerichtet hat, denn den gleichen Standpunkt hätte sie auch gegenüber polnischen Ansiedlern angenommen, wenn solche vorhanden gewesen wären.

Soweit Herr Kierski, und nun kommen wir vom Boden des Rechts auf den vom menschlichen Standpunkt, zu der von Herrn Sybancz aufgeworfenen Frage, ob vielleicht den armen unglücklichen Deutschen, welche die polnischen Chauvinisten aus ihren Ansiedlungen vertreiben, nicht Unrecht geschieht. Ob die Rechte der deutschen Minderheit nicht etwa vergewaltigt werden und diese das Recht erhält, vor daß internationale Forum zu treten und die ganze Angelegenheit der Entscheidung des Völkerbundrates zu unterbreiten.

Die Antwort ist ein entschiedenes Nein. Die polnische Regierung geht vollkommen rechtlich vor, und einen Vorwurf kann man ihr nur daraus machen, daß sie kaum zu einem minimalen Teil von dem profitiert hat, was ihr die Verträge zugesichert haben. In der Frage der 2518 Ansiedler und der Domänen muß unsere Regierung nur aus dem Grunde allein mit den Deutschen einen Kampf bestehen, weil die preußische Regierung zum Zwecke der Germanisierung Deutsche auf enteigneten und geraubten Gebieten angesiedelt hat. Die Deutschen stellen in Großpolen und Pommern kaum 15 Prozent der Gesamtbevölkerung dar, und sie bestehen bis heutigen Tages in den beiden Wojewodschaften mehr als die Hälfte des Besitzes. Wir haben untrüglich Beweise dafür, daß der deutsche Besitz mit aller Kraft durch Preußen unterstellt wird, daß es den Ansiedlern direkt verboten wird, ihren bisherigen Besitz zu verlassen, und dies alles geschieht aus Vergeltungsabsicht und zu antipolnischen Zielen.

Der Deutschumsbund, der hier die Rolle eines deutschen Agenten spielt, der rechtswidrige Klagen und falsche Denunziationen an den Völkerbund richtet, muß in einer Linie aufgelöst werden und seine Vorstände — besonders der Vorstand in Bromberg (wo der lebhafte Rapport herkommt) muß dem Gericht übergeben werden. Unser Vertreter im Rat der Völkerbundliga aber muß energisch gegen irgendwelche Diskussionen über das Thema der Enteignung deutscher Ansiedler protestieren, da dies eine Sache der Zivilgerichte ist, eine rein innere Angelegenheit. Einer Entscheidung durch die Völkerbundliga können nur Fragen unterliegen, die mit einem Unrecht den nationalen Minderheiten gegenüber in Verbindung stehen, nicht aber Angelegenheiten, unter denen vielleicht der Führer dieser Minderheit leidet, aber nur auf Grund allgemeiner Gesetze, die für alle Bürger ohne Unterschied der Nationalität erlassen worden sind. Im gegebenen Falle kann die Tatsache, daß unter diesen 2518 Ansiedlern nur Deutsche sind, von keiner Bedeutung sein, da es doch allen bekannt ist, daß die preußische Regierung nur Deutschen Ansiedlungen verkaufte, um den polnischen Besitz zu vernichten und das deutsche Element zu stärken. Würde also die polnische Regierung den auf diese Weise zu unserem Schaden und zum Unrecht des polnischen Volkes und einzelner Polen Angestellten Zugeständnisse machen, so würde sie einfach die Ausrottungspolitik der preußischen Regierung fortsetzen und zum Schaden des polnischen Volkes und Staates wirken. Im gegebenen Falle sind sämtliche Erleichterungen in dieser Richtung, die wir gewöhnen, als ein Zusammensetzen mit der heutigen Politik der Berliner Regierung anzusehen, die alle Hebel in Bewegung setzt, um eine größtmögliche Anzahl von deutschen Ansiedlern in Polen zu erhalten und dadurch zahlenmäßig und materiell die deutsche Minderheit zu stärken zu unserem Schaden, zum Vorteil für Preußen und zugunsten einer kommenden Vergeltung.

Der Deutschumsbund kommt ehrlich den ihm von der Spree zugehenden Weisungen nach. Und auch bei uns, auf unserem eigenen Boden und unter dem Schutz unserer Gesetze unterstellt er andauernd die Fundamente unseres Staatsgebüdes. Wird die polnische Regierung und das polnische Volk noch lange Geduld eine ähnliche verräderische Arbeit ertragen, die innerhalb seiner Grenzen kein Staat der Welt tolerieren würde? Werden wir immer allen unseren Verleumder und Feinden nachgeben, um auf diese Weise weder das Volk noch eine tolerante Regierung auf unserer Seite zu haben, sondern Schwachköpfe, die ihr eigenes Interesse nicht begreifen und denen man alles einreden kann? Eine Regierung Korfanty hätte gewiß ein ähnliches Unrecht am polnischen Volke nicht geduldet, und daher haben auch die Deutschen es verhindert, ihn am Ruder zu erhalten.

Der Raumangel versagt es uns leider die Juristerei des Herrn Kierski und den rein menschlichen Standpunkt des Herrn Włodzimierz Dworzaczek schon heute in das rechte Licht zu rücken. Wir werden das morgen befördern. Es genügt vorerst, daran zu erinnern, daß wir bezüglich der Ausschließung der Zwangsvollstreckung bis zur Erledigung des Rechtsverfahrens einer Meinung sind: 1. mit allen Prozeßordnungen der zivilisierten Welt, 2. mit den Vorschriften des Völkerbundes und 3. mit der Regierung unserer Republik. Das Männer wie Korfanty, Kierski und andere Charaktere wider Recht und Regierung streiten, mußten wir längst. Wir stellen das mit Besten fest, können aber nichts daran ändern. Unsere Auf-

Danziger Börse am 11. August  
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)

Poln. Mark 11,50

Dollar 830

Amtliche Devisentabelle des Vortages siehe Handels-Rundschau.

Gabe ist allein, das Recht zu verteidigen. Wenn der Deutschumsbund für derartige Absichten von Herrn Dworzaczek für gefangenreif erklärt wird, so entpuppt das gewiß der Begriffsverwirrung, die in seinem Lager herrscht. Vor dessen Sieg der liebe Gott die polnische Republik schützen möge.

## Vor einem Kompromiß in London.

London, 11. August. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern trat der Kabinettsrat zusammen, an dem alle Mitglieder, die im Reisezug erschienen waren, teilnahmen. Man erörterte u. a. auch die Frage der Einberufung einer Konferenz, um über die eventuelle Annahme der Kriegsschulden zu beraten. Beschlissen wurde, ein Dokument auszuarbeiten, in dem neue Vorschläge zur Befriedigung der französischen Forderungen gemacht werden sollen.

Im französischen Ministerrat ist die Entscheidung zugunsten eines Kompromisses gefallen. Man einigte sich dahin, Poincaré zu Zugeständnissen an England zu ermächtigen.

Der Bericht der Sachverständigenkonferenz wird als eine Niederlage Poincarés bezeichnet. Sämtliche Vorschläge Frankreichs wurden in der Konferenz mit vier gegen eine Stimme abgelehnt. — Die „Westminster Gazette“ appelliert an das englische Volk, es solle nicht zulassen, daß das fleißige deutsche Volk zum Sklaven Frankreichs gemacht werde.

Über einen belgischen Kompromißvorschlag erfährt der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“, Belgien dürfte zuerst empfehlen, die geplante Abzöge von der Ausfuhr und die Einziehung der Zolleinnahmen durchzuführen. Sollte diese Maßnahme nicht genügen, um Deutschland, wie das Blatt sich ausdrückt, „auf den rechten Weg“ zu bringen, dann dürfte die Beschlagnahme der Staatsbargewerke und Staatswälder auf dem linken Rheinufer erfolgen. In dritter Linie dürfte man alsdann, wenn auch das nicht zum erwünschten Ziele führen sollte, die Aufrichtung der beiden Zollschranken am Rhein und im Ruhrgebiet beschließen, aber nicht als Mittel, Zahlungen herzuführen, sondern als Sanktion. Belgien erklärte, man dürfe nicht zugleich von produktiven Pfändern und von Sanktionen sprechen, sondern man müsse sagen, hente produktive Pfänder, morgen Sanktionen. (Was auf dasselbe in der Praxis herausfame!)

## Der Wirtschaftsverkehr mit Deutschland.

Wie bereits gemeldet, sind die gegenüber Polen angeordneten Wirtschaftsbeschränkungen durch das Berliner Wirtschaftsministerium vollständig aufgehoben worden. Polen wird genau so wie andere Staaten behandelt und die Preise der nach Polen ausgeführten Waren sind nach denselben Grundsätzen festgesetzt worden, wie sie für andere Staaten mit niedriger Valuta gelten.

Der gegenseitige Handelsverkehr zwischen Polen und Deutschland ist schon jetzt ziemlich groß und die deutschen Handelskreise sehen alles daran, um diesen Verkehr noch weiter zu beleben. Auch der Personenverkehr von Polen nach Deutschland hat sich in der letzten Zeit bedeutend gehoben. Das deutsche Konsulat in Warsaw ertheilt täglich etwa 400 Visa, in Lodz werden etwa 150 und in anderen Städten Polens die gleiche Anzahl ausgegeben.

Die Kauktion zur Sicherung der Rückkehr, deren Forderung in den interessierten Kreisen eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen hat, soll nur von den Personen erhaben werden, bei denen der begründete Verdacht vorliegt, daß sie den Aufenthalt in Deutschland weit über den Termin hinaus zu verlängern gedenken, ferner von Personen, die einen schlechten Leumund haben. (Schmuggler usw.) Die Höhe der Kauktion richtet sich nach dem Vermögen des Antragstellers, sie ist aber, wie die „Kurjer Poranny“ erfährt, sehr gering.

## Zur Lage in Ostgalizien.

Durch die ausländische Presse werden in letzter Zeit Mitteilungen verbreitet, nach denen in Ostgalizien bedeutende Unruhen, ja, selbst Aufstände vorgekommen wären. Wie uns berichtet wird, sind die meisten derartigen Meldungen aufgebaut. Es ereigneten sich wohl einzelne Fälle von Beschädigungen der Bahnlinien, Brücken, der Telegraphen- und Telefonleitungen, ja, selbst gegen Amtsgebäude wurden Anschläge unternommen. Auch die polnischen neuen Ansiedler wurden angegriffen, deren Häuser in Brand gestellt u. a. Es unterliegt hier keinem Zweifel, daß alle diese Gewaltakte von langer Hand vorbereitet sind und den Zweck verfolgen, unter der Bevölkerung Unruhe hervorzurufen und die ohnehin unsicheren Verhältnisse noch weiter zu verschärfen. Man nimmt an, daß die Urheber aller dieser Gewaltakte „unverantwortliche“ bolschewistische Elemente sind, die gewiß nach Weisungen der russischen bolschewistischen Regierung handeln. Um die Wachsamkeit der Behörden zu täuschen, schauen diese un-

lauteren Elementen auch vor gewöhnlichen Provokationen nicht zurück. So geben sie sich in den Dörfern als Sendlinge der Regierung Petrusziewicz oder Wajyl Wyszywans (Wilhelm von Habsburg) aus und fordern die ukrainischen Bauern zum Aufstande gegen die Polen auf. Die ukrainische Zeitung "Ukrainski Bistum" ermahnt ihre Leser wiederholt zur Ruhe und Besonnenheit und veranlaßt ihre Leser, derartige unruhestiftende Elemente anzuhalten und den Behörden zu übergeben. Es liegt klar auf der Hand, daß die bolschewistischen Agitatoren die noch ungelöste Frage der staatlichen Zugehörigkeit Ostgaliziens dazu benutzen, um in diesem Gebiete Sabotage- und Terrorakte auszuführen und die Ordnung zu stören. Hoffentlich gelingt es den polnischen Behörden, dem Treiben dieser Leute recht bald ein Ende zu bereiten. Auch die Minderheiten des okkupierten Landes werden ihnen dafür Dank wissen.

## Protestantische Weltkirchenkonferenz.

Die Konferenz des Kirchlichen Weltbundes zur Förderung der internationalen Verständigung wurde am Montag in Kopenhagen eröffnet. Präsident Boynton (Vereinigte Staaten) hob in seiner Rede hervor, daß die auf einen Krieg zielenden Tendenzen bekämpft werden müßten, da die Schrecken eines solchen die Zivilisation Europas vernichten würden. Die Kirche müsse ein entscheidendes Wort sprechen. Bischof Söderblom und Howet schlugen eine Entschließung vor, in der Präsident Harding die tiefste Dankbarkeit der Konferenz dafür ausgesprochen wird, daß er die Initiative zur Washingtoner Abrüstungskonferenz ergriffen habe. Die Konferenz spricht, ohne sich in politische Beziehungen einzumischen zu wollen, die Meinung aus, daß die Zeit jetzt gekommen sei, die zivilisierten Nationen zu einer neuen Weltkonferenz einzurufen, um in gegenseitigem Entgegenkommen die Probleme zu behandeln.

Am Vormittag wurden die Mitglieder des Präsidiums vom König empfangen, der seine Wünsche für ein geistliches Wirken der Konferenz ausdrückte.

Die in der ersten Sitzung erstatteten Arbeitsberichte aus 25 Ländern lauteten trotz des zunehmenden Ernstes der Lage hoffnungsvoll. Zum ersten Verhandlungsgespräch "Schutz der Rassen- und religiösen Minoritäten" sprach Sir Dickinson - London, der auf einer ausgedehnten Reise die osteuropäischen Minoritäten studiert hat: Durch den Krieg sind große Menschengruppen gewaltig aus anderen Staaten eingefügt. Es gilt, ihre Rassen, Religionen und Sprachen zu schützen. Wenn nicht bald Maßnahmen zur Erleichterung der zugesetzten Lage der Minoritäten getroffen werden, drohen schwere Konflikte, zu deren Lösung neben der Gesetzgebung kirchliche Einwirkung unentbehrlich ist. Prof. Dr. Deichmann-Berlin sprach mit grohem Ernst namens der im Krieg unterlegenen Völker. Unter Hinweis auf die 6½ Millionen von ihrem Volk gewaltig getrennten Deutschen appellierte er an das Gerechtigkeitsgefühl der Siegerstaaten und rief ihnen zu: "Alles was ihr wollt, das euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen!"

Am 10. d. M. begann ebenfalls in Kopenhagen die mit Spannung erwartete Hauptkonferenz, bei der die Notlage des europäischen Protestantismus den Gegenstand von Beratungen sämtlicher evangelischer Kirchen Europas und Nordamerikas bilden wird.

## Die schlesischen Aufständischen drohen.

Der "Gazecie Śląski" (Nr. 179) vom 7. August veröffentlichte eine in Königsblütte gefaßte Resolution der Bezirks- und Vereinsvorstehenden des Verbandes ehemaliger Aufständischer von Katowitz und Königshütte.

In der Resolution wird u. a. gefordert:

1. daß man den verdienten Aufständischen nach Maßgabe ihrer Fähigkeit nach Beendigung entsprechender Kurse irgendwelche sichere Posten übertrage;
2. daß man die gemachten Versprechungen sämtlich erfülle;
3. daß man die Aufständischen, sei es in ihren Stellen bei der Wojewodschaft Schlesien oder bei ihren Stellenbewegungen besser behandle und willfährig berücksichtige.

In der Resolution wird auch festgestellt, daß das Los der Aufständischen mit dem Augenblick des Einzugs der polnischen Truppen und der legalen polnischen Macht in Oberschlesien sich nicht gebessert hätte, daß nur die Herkömmlinge unterstützt würden und daß Polen heute dank der aufständischen Massen in dem Besitz dieses Teiles Oberschlesiens sei. Es heißt dann weiter: "Möge Polen ihnen, den Aufständischen, also eine Mutter sein und sie nicht stiefmütterlich behandeln. Mögen diejenigen Herren, die heute dank lediglich den Aufständischen hohe Sessel einnehmen, auch die Aufständischen in bestimmten Notlagen hinunterholen und nicht die Herkömmlinge protegieren und den Separatismus hervorrufen. Mögen sie uns Brüder sein, die unsere Verhältnisse, unser Los und unsere Psyche kennen."

Die Resolution schließt:

"Wir fordern zum letzten Mal die kompetenten Faktoren auf, unsere Forderungen so bald wie möglich zu verwirklichen, da wir im anderen Falle uns selbst die Wege zu unseren gerechten Ansprüchen ebnen werden."

## Der Haarpfeil.

Skizze von Georg Pisch.

(Nachdruck verboten.)

"Wir sollten doch auf den langen Tibb acht geben, der wieder stark ins Zeug ging. Aber Vorsicht! meinte der Inspektor. Der Burthe ist gefährlich. Und tunlichst kein Aufsehen! Das Publikum soll nicht beunruhigt werden."

Also ich habe jetzt ja die Munde in den Theatern. Und wie ich mir da nun gestern in der Oper die Zögengäste ansah, selbst im Frack und als Gentleman, bemerkte ich Freunde Tibb. Er hat sich einen Schnurrbart angeklebt, aber Tibb bleibt Tibb. Und er schleicht herum wie ein Buchs und sieht sich dann in einer Loge, in der nur eine Dame sitzt.

Suchte er ein Abenteuer? Aber da bemerkte ich auch schon, daß die Dame, sie war jung und schön, einen mit Brillanten besetzten Haarpfeil trug. Er mußte ein Vermögen wert sein.

Sie saß in der ersten Reihe, Tibb setzte sich in die zweite.

Und ich ließ kein Auge von ihm.

Und als auf der Bühne eine große Szene kam und alles gespannt hinsah, erhob sich Tibb, wie um besser sehen zu können.

Dann verließ er auf den Gehenspuren die Loge.

Mit wenigen Schritten bin ich an demselben Ausgang. Werfe noch einen Blick auf die Dame, der Haarpfeil ist verschwunden.

Ich laufe die Treppe hinab. Da steht er an einem Garderobenschrank und läßt sich überreden und Hut reichen.

## Wer ist Herr Kierski?

Im Zusammenhang mit den Ausführungen unseres heutigen Leiterkafels dürfte es interessant sein, etwas über den Entwicklungsgang des Herrn Kierski zu erfahren. Wir selbst haben uns mit derartigen Untersuchungen noch nicht beschäftigt und geben einer polnischen Zeitung das Wort, ohne selbstverständlich für die Richtigkeit ihrer Behauptungen einzutreten zu können. Es handelt sich um die Posener "Prawda" (Nr. 147 vom 1. 7.), der wir folgenden Aussatz entnehmen: Seit längerer Zeit schaltet und waltet auf Posener Boden ein Bändiger der Linken, "vorzüglicher Jurist", Geschäftsführer politisch unrechtschaffener Simsesari und freiwilliger öffentlicher Staatsanwalt, der Polen vor der offenen und verdeckten Deutschfreundlichkeit derjenigen Presse und der Lager behütet, die sich nicht seiner Gunst erfreuen. Wir sprechen von Kasimir Kierski, dem Staatsanwaltschaftsrat, Stadtverordneten und Mitarbeiter des "Kurier Poznański". Dieser Herr ist auf unserem Boden vor kaum einigen Jahren in der Zeit der Bildung der polnischen Ämter aufgetaucht und in bis jetzt unerforsteter Weise zu der auf Posener Boden in der Zeit des ehemaligen Obersten Volksrats und des ehemaligen Posener Ministeriums herrschenden nationaldemokratischen Kreislauferei in Beziehungen getreten. Sein Auftreten in den Spalten der nationaldemokratischen Presse hat dem gänzlich unbekannten Kierski in diesen Kreisen eine gewisse Volksbürglichkeit verschafft und seine Wahl zum Stadtverordneten veranlaßt. Auf diesem Wege rückte Kierski endlich zum Kandidaten der gesamten Posener Reaktion für den Posten des Präsidenten des Bezirkslandtags auf. Seit einigen Wochen brechen die "Kurjers", die "Dzienniki", die "Drodowniki" um die Wette ihre Lanz für diesen "einzig" Kandidaten, der in dem angeblich desorganisierten Amte die Ruhe und Ordnung wiederherstellen soll.

Damit sich die öffentliche Meinung in diesem unserm Manne der Vorstellung der nationaldemokratischen Freimaurerei besser zurechtfände, sind wir gezwungen, sein gegenwärtiges Bild durch ein paar Einzelheiten aus der Vergangenheit zu ergänzen. Kierski führt auf Posener Boden hauptsächlich mittels einer Waffe doppelter Art Krieg: mittels des Vorwurfs der Deutschfeindlichkeit und mittels der Verteidigung Großpolens gegen seine angebliche Schädigung durch Warschau. Sein beliebtes Steckempfer ist die Frage der Liquidation deutscher Vermögen, bezüglich der er bisweilen in zurückhaltender Form, wenn es sich um öffentliches Auftreten handelt, und ganz ungezwungen, wenn das außerhalb der öffentlichen Kontrolle geschah, unseren Behörden ungenügend Wahrnehmung der polnischen Interessen zu unterstellen versucht. Diese Sorge wäre zweifellos anerkennenswert, wenn sie nicht gewisse Zweifel wecken würde, und zwar gerade wegen der Vergangenheit Kierskis. Wir wissen nicht, woher K. Großpole ist, trotz seiner nach der Auflösung des Posener Ministeriums unlängst in der nationaldemokratischen Presse gebrachten verhehenden Artikel, in denen er Warschau vorwarf, daß es "die Großpolen nicht gern habe", wofür ihn sogar der "Posten" tadelte — dem vor dem Kriege und während desselben war K. ein kaum jemandem bekannte Warschauer Rechtsanwalt. Erst zur Zeit der deutschen Besetzung im Herbst 1915 gelangte er an die Oberfläche und wurde ein wenig bekannt, und zwar unter nicht sehr rühmlichen Umständen. Das geschah nach der von den deutschen Besatzungsbehörden angeordneten Schließung des polnischen Gerichtswesens, das von polnischen Juristen nach dem Verlassen des Landes durch die Russen geschaffen wurde. Dieses Gerichtswesen entwickelte sich glänzend und erfüllte rühmlich seine Aufgabe, bis es schließlich durch die Hand des Okkupanten geschlossen wurde. Gezwungen, an die Stelle des vernichteten polnischen Gerichtswesens eigene Gerichte zu setzen, konnten das die Deutschen ohne die Wirkung polnischer Juristen, an die sie sich deswegen wendeten, nicht durchführen. Die Warschauer Rechtsanwälte lehnten in zwei allgemeinen Versammlungen dieses Angebots der Okkupanten mit ungeheurer Stimmenmehrheit ab. Diese geschlossene Haltung der polnischen Rechtsanwälte wurde von einer Gruppe durchbrochen, in der ein bedeutender Bruchteil Juden waren und die entgegen der öffentlichen Meinung Richterstellen von überwiegend untergeordneter Bedeutung besetzte. Zu dieser Gruppe gehörte auch Kierski, ja er nahm in ihr sogar eine leitende Stellung ein, indem er zum Vorsitzenden dieses originellen Richterkollegium gewählt wurde.

Dieser Schritt des heutigen Deutschen feindes blieb nicht ohne ernste Folgen für ihn. Als sich ein Jahr später die deutschen Behörden infolge der Verhandlungen mit dem vorläufigen Staatsrat endlich entschlossen hatten, das Gerichtswesen polnischen Händen zu übergeben, waren die polnischen Richter, die seinerzeit mit Kierski an der Spitze die nationale Solidarität durchbrochen hatten, nicht besonders gern geschehen, und sie bekleideten auch überwiegend keine höheren Stellen. Beleidigt begann Kierski daran zu denken, die Stellung bei dem undankbaren polnischen Gerichtswesen aufzugeben. Sich des unbeschränkten Vertrauens und der Unterstützung des damaligen Sekretärs des Regierungsrats und seines tatsächlichen politischen Leiters Chelmnicki erfreuend, bewarb er sich um den Übergang in die Reihen der in Vorbereitung befindlichen polnischen Verwaltung. Aus näher nicht bekannten Gründen wurde diese Kombination hinfällig — anscheinend infolge des Sturzes der Herrschaft des Regierungsrats. Damals tauchte Kierski nach einiger Zeit in Posen schon in der völlig neuen Rolle eines Anhängers der Nationaldemokratie auf, deren grundfester Gegner er während der Besetzung gewesen war.

Seine Befahrung scheint erst im Lichte dieser Tatsachen ganz verständlich zu sein . . .

## Republik Polen.

Die Verschiebung der Wahlen.

Warschau, 11. August. Entgegen den Gerüchten, daß die Regierung den Termin der Wahlen zum Sejm hinausgeschoben beabsichtige, stellt der "Przegląd Wieczorny" fest, daß die Ausschreibung der Wahlen in den aller nächsten Tagen erfolgen wird.

Das Konkordat.

Das Konkordat mit der griechischen Kirche, dessen Unterzeichnung die polnische Regierung verlangt, enthält eine Forderung, daß die Ernennung der örtlichen Bönen nur mit Einverständnis der Gendarmerie erfolgen darf. Von sechs Bischöfen haben nur zwei das Konkordat unterzeichnet. Von den übrigen vier ist der Bischof von Grodno Vladimir zu Haarschreit verurteilt worden, der Bischof von Nowogrodz Panтелей vom Amt suspendiert und der Bischof von Cholm Sergius in die Tschechoslowakei ausgewiesen worden.

Der Verkehr durch den polnischen Korridor.

Warschau, 8. August. Im Sejm ist eine Interpellation eingebrochen worden, welche die gemäß dem deutsch-polnischen Vertrag abkommen erfolgte Freigabe von vier Chausseestraßen für den deutschen Kraftverkehr durch den polnischen Korridor beanstandet. Die Interpellation erklärt, daß diese Verfügung die äußere und innere Sicherheit Polens bedrohe. (1)

Die Verarmung Polens.

Warschau, 9. August. Unter der Überschrift "Die Verarmung Polens" schreibt "Kurier Warszawski": 1. Die Vernachlässigung von Häusern reparaturen hat zur Folge, daß die notwendigsten Reparaturen allein in den Städten mehr als 250 Milliarden kosten werden.

2. Die Industrie: Die meisten Einrichtungen und Gebäude sind noch nicht versichert. Die Fabriken haben zu wenig Betriebskapital.

3. Die Landwirtschaft: Trotz der guten Konjunktur kann auch der Landwirt nicht zur Erhöhung des Nationalvermögens beitragen; denn infolge des Agrargesetzes muß er stets befürchten, sein ganzes Vermögen einzubüßen.

4. Das bewegliche Kapital: das Bargeld ist in Polen infolge des Valutasturzes fast ganz vernichtet.

5. Banken und Finanzinstitutionen verarmen durch die großen Gewinne durch die ständige Geldeintwertung.

6. Das größte Staatsunternehmen, die Eisenbahn, arbeitet mit ungeheurem Defizit.

7. Die Masse der Intelligenz erhält kein entsprechendes Gehalt.

Polnische Organisation der Freiheit.

Der Warschauer "Kurier Poranny" berichtet: Die Hauptversammlung der Vertreter der ehemaligen polnischen Heeresorganisation (P. O. W.) hat eine neue Organisation ins Leben gerufen unter dem Namen "Polnische Organisation der Freiheit", deren Adress ehemalige Mitglieder der Heeresorganisation bilden. Der "Kurier Poranny" über die Ziele der neuen Organisation einigermaßen verbergen sagt. Offenbar liegen gewichtige Gründe vor, sie zu verbergen.

Neuer Tarif der Großindustrie Polensch-Oberschlesiens.

In der Sitzung der Vertreter des Arbeitgeberverbandes und der Arbeitnehmerverbände der Großindustrie sind nachstehende Gehaltssteigerungen für die Angestellten vereinbart worden: 27 Prozent auf die Tulligehälter für August und Erhöhung des Frauen- und Kindergeldes um 540 Mark jährlich. Die Arbeitnehmerverbände forderten eine Erhöhung des Tulligehaltes um 30 Prozent. Die Arbeitgeber klagten über die schwierige wirtschaftliche Lage und insbesondere über die hohen Einfuhrzölle. Ein großer Teil der Förderung gehe auf die Halden. Aus all diesen Gründen mußte bei der letzten Kohlenpreiserhöhung der Schlüssel 1 : 4 verlassen werden.

Der "Gaz. Pozn." aufgezogen haben die Weißrussen betroffen, sich an den Wahlen zum Sejm aktiv zu beteiligen. Zu diesem Zweck ist ein Block der nationalen Minderheiten gebildet worden, der aus Weißrussen, Ukrainern, Deutschen, Tschechen, Russen und Juden besteht. (Sollte die Meldung aufzutreten, so kann es sich hier nur um die Ostgebiete handeln. — D. Ned.)

Die Regierung hat, wie die "Gaz. Pozn." erfährt, das Amt zur Bekämpfung des Buchers aus dem Grunde aufgehoben, weil es der Tenuierung und dem Bucher nicht Einhalt zu gebieten vermochte. Von jetzt ab wird jeder Fall von Bucher von dem ordentlichen Gericht abgeurteilt.

## Deutsches Reich.

Um den deutsch-ukrainischen Handelsvertrag.

Die Reparationskommission hat ziemlich unvermittelt in den Gang der deutsch-ukrainischen Verhandlungen durch eine Note eingegriffen, in der sie verlangte, daß nicht nur die Verhandlungen über die Erreichung des ukrainischen Gutshabens in Deutschland in Höhe von 400 Millionen Mark einzuweisen sättigt würden, sondern daß darüber hinaus auch die Reparationskommission über die Einzelheiten der gegenwärtigen und aller künftigen Verhandlungen mit der Ukraine eingehend zu informieren sei.

Mir schiet ein Verdacht durch den Kopf. Ich wieder hinaus. Von Tibb keine Spur mehr.

Und die junge Dame schlägt Värm. Da war nun doch das Aufsehen. Man hält mich für den Dieb, bis ich mich ausweise und Aufklärung gebe.

Der Tibb hat mich geblufft. Aber treffe ich ihn — das bleibt ihm nicht geschenkt!

"Zu spät, Herr Kollege!" meinte einer der anderen Kommissare. "Wir haben Tibb schon. Sanders und ich trafen ihn in letzter Nacht in einem Volkstal. Er war in rosigter Laune und sehr freigiebig und stieckte schließlich einer der Tänzerinnen einen Haarpfeil in die Frisur. Das war der echte, und da ich Spezialist für so was bin, schätzte ich ihn auch gleich richtig ab. Es mußte ein gestohlerner Schmuckdingfest gemacht. Er hatte noch eine ganze Anzahl Haarspangen, Kämme und Peile bei sich. Damit trieb er einen ehrlichen Handel, behauptete er. Der eine echte brauchte jedoch gegen ihn. Und dann gab er auch zu, daß er den unerlaubten Kamm nur zum Bluffen brauchen wollte, wenn er erwischt wurde."

"Es kränkt mich, daß es ihm bei mir gelückt ist."

"Aber, Herr Kollege! Und damit Sie's nun wissen: Wir sind alle geblufft worden. Auch der Tibb! Als ich mir den Haarpfeil näher beschaffte, ich, der Spezialist für so was, war er doch nicht echt, nur halbecht. Und somit bleibt nur noch die Frage, ob auch die Besitzerin bluffede, als sie die Echtheit beteuerte, oder ob auch sie das Opfer eines Blusses geworden ist?"

"Sie haben versehentlich etwas mitgenommen, was Ihnen nicht gehört," sage ich leise zu ihm. Die Garderobenfrauen brauchten auch nichts zu merken.

"Was wäre denn das?" fragte er.

"Der Haarpfeil der Dame, die vor Ihnen saß. Als Sie auffanden, haben Sie ihn wohl unabsichtlich herausgezogen."

"Er sieht an seiner Kleidung herab. Aber wo ist er denn? Und was berechtigt Sie — ?"

"Da sage ich: 'Tibb, machen Sie keine Umsätze. Sie haben den Pfleil. Heraus damit!'

"Er blinzelte mich an. 'Ach so — nun erkenne ich den Herrn Kommissar erst. Dann freilich.'

"Sie werden der Dame ihr Eigentum zurückgeben!"

"Tun Sie es lieber, Herr Kommissar. Ich stehe Ihnen ja nächster zur Verfügung." Und er dreht sich um, damit die Garderobenfrauen nichts gewahr würden, sucht in seinen Fracktaschen und reicht mir heimlich den Haarpfeil.

"Sie werden hier warten, Tibb."

"Wenn's nicht zu lange dauert!"

"Kein Aufsehen! Auch wenn er davonlief! Die Hauptache war doch, daß der Schaden wieder gut gemacht wurde.

"Ich zurück in die Loge. Der Vorhang fällt gerade.





Bromberg, Sonnabend den 12. August 1922.

## Pommerellen.

11. August.

## Granden (Grudziadz).

A. Die Teuerung. Der Preisrekord für Butter wurde auf dem Wochenmarkt am Mittwoch erreicht: Man verkaufte das Pfund mit 1500 Mark. Auch in den Läden lässt man sich soviel zahlen. Für Eier zahlt man auch bereits 800 Mark pro Mandel. Fleisch ist gleichfalls im Preis gestiegen. Für Schweinefleisch muss man schon bis 800 Mark zahlen. Wie die Fleischer behaupten, sind auf dem Lande knappe Viehbestände. Besonders Schweine sind sehr gefüllt, da bei den hohen Korn- und Kartoffelpreisen die Mast sehr eingeschränkt werden müsste. Wie Fleischer behaupten, müssen sie bereits 53 000 Mark für den Bentner Lebendgewicht für Schweine zahlen. Frische Kartoffeln werden mit 3000 Mark gekauft. Mohrrüben kosten 50 Mark pro Pfund und grüne Bohnen ebensoviel. Die Nachfrage nach Kohlrabi ist sehr zurückgegangen. Der Preis ist daher gedrückt. Gurken sind im Preis etwas gestiegen. Das Stück Einlegegurken kostet 2000 Mark, dabei ist die Nachfrage sehr rege. Für Kirschen zahlt man schon wieder 80 Mark. Tomaten kauft man mit 600 Mark. Pfirsiche erfreuen reichlich. Sie kosten je nach Qualität 1000 Mark pro Pfund und darüber. Pilze wurden wieder in großen Mengen angeboten. Das Angebot von Geflügel ist nicht so stark als in früheren Jahren. Die hohen Butterpreise, ebenso der Wechsel vieler größerer Wirtschaften scheint die Geflügelzucht recht ungünstig beeinflusst zu haben. \*

i. Aus dem Kreise Granden, 9. August. Molkereibesitzer Pfister-Tannenrode hat seine Molkerei verkauft. Die Landwirtschaft ist in seinem Besitz geblieben und wird von ihm weiter betrieben. — Im Kreise bestanden früher drei Brauereien, in Tursnitz, Norden und Dorf Schweiz. Die ersten beiden waren Gutsbrauereien. Nachdem vor mehreren Jahrzehnten bereits die Brauerei Tursnitz, welche nur Braubier braute, den Betrieb einstellte, gab auch die Brauerei Schweiz das Geschäft auf, und während des Krieges musste auch die modern eingerichtete Brauerei Norden den Betrieb einstellen.

## Thorn (Toruń).

\* Geschäftsvorstand. Das in der Breitestraße (ulica Szeroka) Nr. 26 belegene bekannte Zigarrengeschäft Louis Wollenberg ist an einen Krakauer Kaufmann verkauft worden, der hier ein Geschäft anderer Art eröffnen wird. \*\*

\* Preiserhöhungen im Schmiedegewerbe. Die Thorner Schmiedeinnung sieht sich infolge immerwährenden Steigens der Preise für Rohmaterialien, Kohlen und Lebensmittel gezwungen, ihren bisher gültigen Preisstafel mit Gültigkeit vom 1. d. M. ab um fünfzig Prozent zu erhöhen. \*\*

\* Von der Weichsel bei Thorn. Wasserstand am Donnerstag früh 1,42 Meter über Null. Ein leerer Kahn ging im Schlepp des Thorner Dampfers "Radwislansin" nach Chlino, um dort Holz zu laden. Die gestern eingetroffenen Achtfachen Holz schwammen heute nach Schulitz und Bromberg weiter. \*\*

\* Der Männergesangverein "Lieberfreunde" veranstaltete am vergangenen Sonnabend für seine nach Deutschland abwandernden bisherigen Mitglieder einen Abschieds-Vereinsabend im Saale des "Ziegelei-Parks". \*\*

\* Feuer. Durch Selbstentzündung entstand Dienstag auf dem Kohlenlagerplatz der Firma Schuman ein Kohlenbrand, der aber durch die alarmierte Feuerwehr in kurzer Zeit abgelöscht werden konnte, ohne größeren Schaden angerichtet zu haben. \*\*

i. Aus dem Kreise Culm, 9. August. Händler aus Culm melden für das Schloss Gurken zum Einlegen 1500 M. und holen sie auch von den Gurkenbauern ab. In Granden wollten die Händler nur noch 1200 M. zahlen. Es geht daher ein großer Teil der Gurkenproduktion nach Culm. Die Sanerkohlfabriken in Culm haben auch bereits für große Mengen Weißkohl abgeschlossen. Wie man hört, wurden bereits 5000 M. für den Bentner Weißkohl angelegt zur Herbstlieferung. — Die Rindviehzucht hatte vor dem Kriege recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Seitens der Staatsbehörde wurde mehrfach verfügt, eine Stierföhrung einzuführen. Die maßgebenden Landwirte sprachen sich immer dagegen aus und so wurde denn auch von der Einführung Abstand genommen. Unter der neuen Herrschaft wurde die Abordnung aber eingeführt. Die Decker sind ziemlich hoch und sollen in Naturalien entrichtet werden. Da es besonders für kleine Leute recht schwierig

ist, diese aufzubringen, finden manche Übertretungen statt. Man sucht sich auch vor Strafe zu schützen, indem man zum Decken des Viehes einen eigenen Stier hält, der nicht dem Abzweig unterliegt. So wird zu wenigen Kühen manchmal ein Stier gehalten, der meist nur geringster Qualität und ein unruhiger Fresser ist.

\* Laszewo bei Prust (Pruszcza), Kr. Schweiz, 9. August. Zu der in Nr. 147 veröffentlichten Mitteilung, wonach der Administrator Majewski, als der Oberstschweizer eines Morgens von einem Bullen verletzt worden war, erst am Nachmittage einen Arzt habe holen lassen und außerdem den Schweizer gefündigt habe, sendet uns Herr Majewski-Laszewo nachstehende Nachrichten: „Am 17. Juli meldete mir der Sohn des hiesigen Oberstschweizers Ulises, sein Vater wäre auf der Weide vom Bullen gestoßen worden, und verlangte den Arzt. Herr Sanitätsrat Dr. Nasius-Bukowiec (Deutscher), den ich telephonisch anrief, war verreist und sollte erst abends 6 Uhr wiederkommen. Ebenso wie Herr Dr. Studzinski aus Waldau (Deutscher) erst um 4 Uhr nachm. erreichbar. Dieser ist dann sofort nach Laszewo geholt worden und war ca. um 5 Uhr bei dem Verunstlichten. Eine lebensgefährliche Verletzung hat Herr Dr. Studzinski nicht festgestellt. Diesen deutschen Oberstschweizer habe ich im November v. J. als denselbe auf der Domäne Raskoca, Kr. Briesen, stellungs- und arbeitslos geworden war, hier aufgenommen und dadurch ihn sowie seine zahlreiche Familie vor bitterer Not bewahrt. Was die Kindbung anbetrifft, so erfolgte dieselbe neben anderen Vor- kommissen wegen Verlust zweier Kühe, die durch Ver- schulden bzw. Fahrlässigkeit des genannten Oberstschweizers dem Gute verlorengangen sind. Beweis hierfür ist das Zeugnis des Tierarztes Herrn Dr. Enghardt-Prusza (Deutscher).“ — Aus der vorstehenden Erklärung ergibt sich zu unserem Bedauern, daß wir von dem Einsender der Mitteilung, dem betreffenden Oberstschweizer, über die Vorgänge falsch unterrichtet worden sind.

\* Schmek (Swiecic), 10. August. Gestern vormittag wurden die Raubmörder, die seinerzeit den Mord in Bromberg verübt haben, unter starker Bewachung zur Bahn geführt, um von dort nach Granden befördert zu werden. — In der Nacht zum Dienstag entflohen aus dem Gefängnis der hiesigen Marineabteilung der wegen Treibriemenstahl verhaftete Bronislaw Ciesielski. C. gab an, daß er die Treibriemen mit einem gewissen Wilmanowicz in Granden verkauft habe. W. befindet sich augenblicklich als Untersuchungsgefange im Geisteskrankenstatal in Posen.

## Aus Kongresspolen und Galizien.

\* Warschau, 8. August. Das Militärbezirksgericht verurteilte am 14. Juni d. J. den Hauptmann Henryk Terk wegen Spionage, Fälschung und Betrug zur Degradierung, Aussöhung aus dem Heere und zum Tode. Am 3. Juli bestätigte der Staatschef das Urteil. An demselben Tage wurde dem Angeklagten das Urteil verkündet. Einige Stunden später verriet Terk Anzeichen von Wahnsinn. In Anbetracht seines Zustandes gab der Staatsanwalt den Befehl, die Urteilsvollstreckung aufzuhalten. Terk wurde einer ärztlichen Beobachtung unterzogen. Vorgestern erklärten die Ärzte mit Entschiedenheit, daß Terk vollständig gesund sei und den Wahnsinn nur vorgetäuscht habe. Er wurde daher gestern früh erschossen.

\* Warschau, 8. August. Am Sonnabend fand im Branickischen Walde bei Radosz ein Zweikampf zwischen Stefan Gartner, Vizepräsident der Abteilung für Kinderfürsorge beim Ministerium für Gesundheitswesen, und einem Tadeusz Brzyluski statt. Die Schüsse wurden gleichzeitig abgegeben, wobei Gartner getötet und Brzyluski schwer verwundet wurde. Blutüberström und mit einem ausgefahrenen Auge schwamm er sich bis zu einem nahen Wege, wo er aufgefunden wurde.

\* Warschau (Warszawa), 10. August. Polnischen Blättern zufolge verschwanden die zwei Kinder des Warschauer amerikanischen Konsuls. Die Polizei hat Nachforschungen eingeleitet, da die Befürchtung besteht, daß die Kinder geraubt wurden, um ein großes Lösegeld zu erpressen.

\* Podz, 8. August. Auf dem Gute Mianow im Kreise Podz schlug der Blitz in eine mit Getreide gefüllte Scheune. Infolge des starken Windes griff das Feuer auf die nahelegenden Gebäude über, so daß in kurzer Zeit das ganze Dorf in Flammen stand. Das entfesselte Element verzehrte alle Scheunen, die mit Getreide angefüllt waren. Der Schaden beträgt viele Millionen Mark.

\* Podz, 8. August. Kürzlich kam der aus dem Heere entlassene Soldat Boymslawski zu seiner Frau, die er wegen Streitigkeiten verlassen hatte, und forderte sie auf, mit zur Polizei zu kommen, um die Scheidung

einzuleiten. Als die Frau sich weigerte, stach er sie mit einem Seitengewehr nieder. Den herbeigeeilten Nachbarn erklärte der Mörder: „Ihr kommt schon zu spät. Es ist nur schade, daß ich die Schwiegermutter nicht gleich mitermordet habe.“ Darauf begab sich der Mörder zur Polizei, wo er ein Geständnis ablegte.

## Polnisch-Oberschlesien.

\* Katowitz, 8. August. Heute vormittag kam es in der Markthalle zu unerquicklichen Vorfallen. Die Händler verlangten die Waren zu den von der Wojewodschaft vorgeschriebenen Preisen und gerieten mit den Verkäufern in Streit. Schließlich wurden die Verkaufsstände der Fleisch- und Wurstwarenhändler gestürmt und geplündert. Die Händler mußten die Flucht ergreifen. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich.

## Aus den deutschen Nachbargebieten.

\* Schneidemühl, 9. August. Beim Kahnfahren mit seiner Braut auf dem Sandsee ertrank am Sonntag der Eisenbahnschaffner Fritz Rafael. Während es herbeileidende Insassen anderer Boote gelang, das Mädchen lebend an Land zu bringen, konnte der Bräutigam nur als Leiche geborgen werden.

\* Königsberg, 10. August. Die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse haben es dahin gebracht, daß die Tiergärtner in Breslau, Hannover und München bereits geschlossen werden mußten. Auch der Zoologische Garten in Berlin wird für den Winter geschlossen, um Löhne und Musikosten zu sparen. Bei dem Königsberger Tiergarten verursacht die Teuerung Ausgaben, die durch die Einnahmen nicht gedeckt werden können. Wenn nicht in der nächsten Zeit Staat, Stadt und Provinz mit einer hohen Unterstützung einbrechen, so steht die Weiterführung dieses Unternehmens sehr in Frage.

\* Elitz, 7. August. Kürzlich verübte der Bürogehilfe Sz. ein Revolverattentat auf seine Braut, Fr. G., die die Verlobung mit ihm aufgegeben hatte. Er drang in die Wohnung der Familie S. und gab auf das Mädchen zwei Schüsse ab, die aber beide fehlgingen. Hierauf stellte sich der Täter sofort der Polizei. Bei seiner Vernehmung erklärte er, den festen Entschluß gefaßt zu haben, seine frühere Braut zu erschießen, und er werde das auch unabdingt nach Verbüßung der zu erwartenden Strafe ausführen.

## Aus der Freistadt Danzig.

\* Danzig, 10. August. Zwischen dem Landwirtschaftsverband Danziger Höhe und den Organisationen der Landarbeiter ist Dienstag eine Einigung über die zu zahlenden Lohntarife zustandegekommen. Im Kreise Danziger Niederung und im Großen Werder ist die Lage im Landarbeiterstreik unverändert.

## Kleine Rundschau.

\* Überstunden beim englischen Scheidungsgerichtshof. Beim Londoner Scheidungsgerichtshof sind, wie englische Blätter melden, so zahlreiche Fälle anhängig, daß zu deren Bewältigung noch vor Beginn der großen Ferien Überstunden eingeführt werden müssen. Lord Buckmaster, einer der Vorsitzenden des Gerichtshofes, erklärte letzthin, er müsse sich zur außerordentlichen Maßnahme entschließen, an zwei Tagen der kommenden Woche je sechzig bis siebzig Fälle in Behandlung zu nehmen. Das werde eine Ausdehnung der Sitzungen bis 6 Uhr oder länger nötig machen. An den zur Verfügung stehenden restlichen drei Verhandlungstagen würde die normale Anzahl zur Erledigung kommen. Normal heißt nämlich — vierzig Scheidungsfälle an einem Tag, eine Rekordleistung des Lords Buckmaster, der es zuwege bringt, bei einer wie gewöhnlich fünfstündigen Sitzungsdauer acht Prozesse in der Stunde durchzuführen. Mit zwei bis drei Überstunden wird es ihm schwer gelingen, seine sechzig bis siebzig Fälle, wie er sich vornimmt, zu erledigen.

Trinkt  
Porter Wielkopolski

blieb ein Rätsel, das spiritistische Kreise, denen die Verfasserinnen bald beitreten, zu lösen suchten, indem sie die These aufstellten, daß die zwei Frauen damals in einer Art psychischer Zone geraten seien, innerhalb deren sich die Ereignisse des Jahres 1789 abspielten resp. spiegelten.

Der englische Musikkritiker Newman kommt nun im "Manchester Guardian" auf die Sache zurück und deutet auf eine Lösung hin, die ebenso einfach wie verblüffend ist. Newman hatte schon im Jahre 1912, als er das Buch las, die musikalischen Details einer Kritik unterzogen und sie als unmöglich bezeichnet, aus Gründen, die er als Musikhafmann beherrschte. Nun kommt ihm nach Jahren ein Bericht eines neuen französischen Akademiemitgliedes vor Augen, in dem von jenem Erlebnis die Rede ist. Wie es scheint, war dieser Franzose Kurator oder ähnliches in Versailles, als die Engländerinnen dort weilten und Marie Antoinette, die Prinzessin de Lamballe, den Grafen Artois und andere gesehen haben wollten. Der Zusammenhang wurde ihm erst klar, als ein Photographe ihm kürzlich fragte, ob er sich nicht der rekonstruierten Szene aus dem Leben Marie Antoinettes erinnere, die zu filmen ihm damals gestattet wurde!

Wenn dies die Lösung des Problems ist, so ist sie wirklich ein wenig tragikomisch! Wieviel Zeit, wieviel Scharfsinn, wieviel Mühe ist auf die Sache gewandt worden, die unserer in Filmaufnahmen so bewunderten Generation niemals als übernatürlich hätte erscheinen können.

## Die Schutzwachen der englischen Politiker.

Die Tatsache, daß Rathenau die ihm öfters angebotene Schutzwache ablehnte, hat die Ausführung des Attentates sicherlich leichter gemacht. Dabei ist die polizeiliche Bewachung von Staatsmännern, die durch ihre Stellung besonders gefährdet sind, ein Brauch, der sich in der letzten Zeit immer häufiger als notwendig erwiesen und mehr und mehr eingebürgert hat. In England ist es seit den 80er Jahren üblich, Persönlichkeiten, die im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung stehen, Detektivs zur Bewachung beizugeben. Als die Attentate der Fenier eine große Unsi-

chheit in das öffentliche Leben Großbritanniens brachten, wurde eine polizeiliche Leibwache für die Königin Viktoria geschaffen, die sie bei allen ihren Ausgängen begleitete. Die Erfahrungen, die man damit machte, waren so günstig, daß daraufhin eine besondere Abteilung bei der englischen Polizei geschaffen wurde, die sogen. politische Abteilung von Scotland Yard (Londoner Kriminalpolizei). Seitdem sind nicht nur die Mitglieder der königlichen Familie stets von Polizisten bewacht worden, sondern auch Staatsminister und andere Politiker wurden unter die besondere Obhut der politischen Abteilung gestellt. Während der persönliche Detektiv der Königin Viktoria, Inspektor Savage, der den Überwachungsdienst am Hofe leitete, stets in Civil gekleidet war, tragen die dem englischen Hofe unterstellten Detektive meist Uniform. So begleitete König Georg ein uniformierter Beamter, und ebenso war es bei König Eduard der Fall. Diese Beamten tun aber ihren Dienst nur im Inlande. Bei Reisen im Ausland wird der Herrscher gewöhnlich von dem Inspektor der politischen Abteilung in eigener Person begleitet. Alle Mitglieder der königlichen Familie werden von Beamten dieses Zweiges von Scotland Yard bewacht, und diese sind auch für die Sicherheit fremder Fürstlichkeiten verantwortlich, die nach Großbritannien kommen. Nur ist es freilich, so umfassende Sicherheitsmaßnahmen auch getroffen werden mögen, niemals möglich, einen Mann, der gewungen ist, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, vor der Luge oder der Granate eines Mörders zu bewahren. Aber viele Tragödien sind doch durch die wachsame Aufmerksamkeit der Schutzdetective verhindert worden. Die Bewachung kann allerdings niemandem gegen seinen Willen aufgedrungen werden, und es gibt auch in England bekannte Politiker, die sich lieber den Gefahren aussetzen, als sich bewachen zu lassen. Andere wieder fordern die Schutzwache auf das dringlichste, und einige wenige entschließen sich im Interesse des Staates, dem sie dienen, zu einer solchen manchmal lästigen Aufsicht. Der Prinz von Wales suchte während seiner Studentenzeit in Oxford auf alle Weise, dem ihm beigegebenen Detektiv ein Schnippen zu schlagen und machte dem braven Mann das Leben recht sauer.

Kartoffel-  
Erntemaschinen  
"Delma" erstl. Fabrik. W.  
Stoll, h.v. Lager abzugeb.  
Biuro Handlowe  
Ignacy Radziewski,  
Bydgoszcz, Gdanska 132.  
Telefon 1518. 12119

## Heirat

Landmann,  
geb., evgl., 31 J., 70000 M.  
Werm. u. Ausfl. w. Heirat.  
Bwe. m. Ad. nicht aus-  
geschl. Anon. zwedl. Off. u.  
W. 12292 an die Glt. d. Ztg.

Hausbesitzer  
45 Jahre, deutsch, sucht  
Freundin, Fräulein oder  
junge Witwe, zweit spä-  
terer Heirat

Off. u. G. 12116 a. d. G. d. 3.

Geldmarkt  
Holzhandlung

in Bydgoszcz braucht zur  
Entwicklung befond. günstiger  
Geschäfte auf kurze  
Zeit bis

5 000 000.— M.  
gegen guten Gewinnanteil.  
Sicherheit kann ge-  
stellt werden. Offert. be-  
förderst unter G. 9045 die  
Geschäftsstelle d. Zeitung.

8701



Jedes Quantum

Torf

öderichsleben. dom. b. o.

Kohle, Holz

Stein gehauen und raum-

meterweise sowie

Buchen-Holzholz

en gros und detail zu

mäßig. Preisen empfiebt

Gd. „OPAŁ“

ul. Dworcowa 18 d

Telefon 1285.



8701

## Offene Stellen

Selbständiger

## Buchhalter (in)

flotter, sicherer Arbeiter, Kenntnisse der polnischen Sprache erwünscht, doch nicht Bedingung, von sofort gesucht.

9064

Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Zeugnisschriften erbittet

G. Goers, Getreidehandlung, Chełmża.

## Buchhalter (in),

selbständig, flott und umsichtig arbeitender, sowie

## Stenotypistin

auch in polnisch, für ein Fabrikgeschäft in Grudziądz gesucht. Offerten unter G. 12166 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

## Schneider- Gesellen

verlangt G. Drews, Kostüm-Makgeschäft,

ulica Gdanska 151. 12263

## Ordentl. Zeitungsträgerin

wird bei hohem Gehalt gesucht.

Meldg. in der Geschäftsstelle der Deutschen Rundschau", Bahnhofstraße 6. 5827

Für alleinstehenden älteren Herrn wird eine zuverlässige, gut empfohlene

## Wirtschafterin

(Israelit.) nach Neidenburg (Ostpr.) per sofort gesucht.

Angebote an Frau D. Kallmann,

Neidenburg (Ostpr.). 9074

Wegen Erkrankung uni. engagierten Herrn suchen per sofort, spätestens vor 1. Oktbr. erfahrene, tüchtigen

Geschäftsführer für unser Getreide-  
geschäft

in Chojnice. Poln. Spr. erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

G. Caminer Nachf., Inh. Görsdorfer Mühlen-  
werke, L. z. o. v. Chojnice.

Verführer für ein 4-gattiges Sägewerk, Nähe Brest-Litowsk mit allen vorkommenden Arbeiten bestens vertraut, sofort resp. 1. September in Dauer- gesucht.

Bewerbungen mit läden-  
losen Zeugnisschriften und Gehalts-Anträgen unter G. 9082 an die Geschäftsstelle d. 3. erb.

Gärtnergehilfe per 15. Sept. spätestens 1. Oktober in herrschaftl. Schlossgärtnerei gesucht.

Möglichst selbständige in der Behandlung d. Früh-  
beete und mod. Treib-  
häuser für Frucht- und Gemüterberei, Topi-  
pflanzen, Binderei, Deto-  
ration, Obstschneid. Ans-  
ständige Gehaltung, Zu-  
verlässigkeit u. Ordnungs-  
liebe Bedingung. Angeb.  
m. Gehaltsanträg. bei fr.  
Station u. Zeugnisse über  
bish. Tätigkeit an die

v. Bethmann Hollweg'sche  
Gartenverwaltung, Runow, Kreis Wyrzysk. 9048

Gärtner, Obergärtner.

Möbeltischler stellt ein Janke, 12170  
Wilezat, Natielska Nr. 8.

Tüchtig. Postierer  
oder Maler

sofort gesucht. 9062

G. Albrecht, Wagensfabr.,  
Dt. Em. Warmińskiego 10.

Müller

led. beid. Sprachen mächt.

für autom. Kundenmühle

zum 1. 9. 22 gesucht.

Groß. Obstgarten hat  
zu verpachten. 9079

Liebow, Buszlowo.

Suche von sofort oder  
später einen gebildeten

Eleven

oder jüngeren Beamten.

d. 1. Lehrzeit beendet hat.

G. Wilhelm, 9004

Doswio, pow. Grudziądz,

Wozna. Plejewo.

Für mein Mehl- und Ko-  
lonialwarengeschäft suche

per 15. Dts. einen

Lehrling

Polnische Sprache erford.

Gebr. Longe Kochi.

Kornmarkt 7. 922

Wir suchen von sofort

oder später eine tüchtige

Buchhalterin

gewandt in polnischer u.

deutscher Korrespondenz.

Offerten erb. u. Z. 9036

an die Geschäftsst. d. Ztg.

Wäsche - Wasbesserin

die auch Oberhemden n.

tann, sofort gesucht. 1227

Bahnhofstr. 94, IV.

12170

Biuro Handlowe

ignacy Radziewski,

Bydgoszcz, Gdanska 132.

Telefon 1518. 12119

## Heirat

Für den dortigen Platz und Umgebung  
wird zum Verkauf meiner prima

9073

Wein- und Cognacbrennerei - Erzeugnisse

in Flaschen und Gebinden, eine tüchtige Kraft als

Generalvertreter

per sofort gesucht.

Joh. Schmalenberg,

Wein- und Cognac-Brennerei

Danzig.

## Tüchtige Eisendreher, Modelltischler und Klempnergesellen

die möglichst eine mehrjährige praktische Tätigkeit nachweisen können, werden sofort eingestellt.

9051

Maschinensabrik C. Blumwe i Syn,

Zow. Alt.

Bydgoszcz-Wilezat, Natielska 26.

Wir suchen zum baldigen

od. späteren Eintritt eine

Kontoristin

mögl. m. Stenographie u.

Schreibmaschine vertraut.

Landw. Gesellsch. m. b. H.

Wąbrzeźno, 906

ulica Jadowska 3.

Zum Garnieren v. Herren-

hüten wird der sofort eine

Näherin gesucht.

Gefabrik Leo Kammerer

ul. Dworcowa 92.

12307

Fräulein oder Frau

die lohen l. f. Haush. gel.

Schlossermitr. Lewi, 890

Mauerstr. 13, pod blankami.

Ordnentliches, sauberes

Haus-Mädchen

gesucht. Prüfer, Jagiel-

lonska 35 d. 9077

Fräulein oder Frau

die lohen l. f. Haush. gel.

Schlossermitr. Lewi, 890

Mauerstr. 13, pod blankami.

Fräulein oder Frau

die lohen l. f. Haush. gel.

Schlossermitr. Lewi, 890

Mauerstr. 13, pod blankami.

Fräulein oder Frau

die lohen l. f. Haush. gel.

Schlossermitr. Lewi, 890

Mauerstr. 13, pod blankami.

Fräulein oder Frau

die lohen l. f. Haush. gel.

Schlossermitr. Lewi, 890

Mauerstr. 13, pod blankami.

Fräulein oder Frau

die lohen l. f. Haush. gel.

Schlossermitr. Lewi, 890

Mauerstr. 13, pod blankami.

Fräulein oder Frau

die lohen l. f. Haush. gel.

Schlossermitr. Lewi, 890

Mauerstr. 13, pod blankami.

Fräulein oder Frau

die lohen l. f. Haush. gel.

Schlossermitr. Lewi, 890

Mauerstr. 13, pod blankami.

Fräulein oder Frau

die lohen l. f. Haush. gel.

Schlossermitr. Lewi, 890

Mauerstr. 13, pod blankami.

Fräulein oder Frau

die lohen l. f. Haush. gel.

Schlossermitr. Lewi, 890</